



Die Einführung der zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit bewirkte in Österreich einen grundlegenden Systemwechsel hin zu einem justizförmigen Verwaltungsrechtsschutz, wie er in benachbarten Staaten und deren Regionen schon seit langem besteht. Ausgehend davon, will die Tagung den Funktionsbedingungen und wesentlichen Grundsatzfragen einer regionalen Verwaltungsgerichtsbarkeit in zweifacher Hinsicht nachgehen.

Zum einen soll eine Zwischenbilanz aus österreichischer Perspektive gezogen werden: Wie bewährt sich die neue Landesverwaltungsgerichtsbarkeit? Welche Auswirkungen hat sie auf die Verwaltung und in welchem Verhältnis steht sie zu ihr? Wie nimmt der Verwaltungsgerichtshof seine veränderte Rolle wahr? Was bedeutet dies für das Funktionieren des Systems insgesamt?

Da sich ähnliche Grundsatzfragen auch in ausländischen Systemen mit regionaler Verwaltungsgerichtsbarkeit stellen, soll zum anderen in rechtsvergleichender Perspektive untersucht werden, ob sich aus deren Erfahrungen Erkenntnisse gewinnen lassen, die auf die österreichische Verwaltungsgerichtsbarkeit übertragbar sind und Anregungen zu ihrer Weiterentwicklung geben.

Kontakt und Anmeldung:

Sekretariat Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre

Tel.: +43 (0) 512 / 507 - 8221

Email: Renate.A.Wackerle@uibk.ac.at

Es wird um Anmeldung bis 7. Oktober 2016 gebeten.

Kooperationspartner:



Euroregionale Vereinigung für vergleichendes öffentliches Recht und Europarecht

Tagung

Landesverwaltungsgerichtsbarkeit: Funktionsbedingungen und internationaler Vergleich



Donnerstag 13. Oktober 2016

Universität Innsbruck
Aula, Universitätshauptgebäude
Innrain 52, 6020 Innsbruck

